

Arbeitsheft 5

BERICHTE AN DEN PARTEITAG

3. Parteitag

1. Tagung

18./19. Februar 2012

Jugendbildungszentrum Blossin

DIE LINKE.
B R A N D E N B U R G

INHALT

Berichte an den Parteitag

Seite	Inhalt
--------------	---------------

4	Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes
15	Bericht der Landesschiedskommission an den 3. Landesparteitag
16	Bericht der Landesfinanzrevisionskommission an den 3. Landesparteitag
18	Bericht des Landesausschusses an den 3. Landesparteitag

RECHENSCHAFTSBERICHT DES LANDESVORSTANDES

Im Mittelpunkt der Arbeit des Landesvorstandes stand in den Jahren 2010 und 2011 die Politik der Partei in den Parlamenten, insbesondere unsere Politik in der Brandenburger Landesregierung, außerparlamentarische Aktivitäten sowie die Parteireform im Landesverband.

Politik in den Parlamenten und in der der Brandenburger Landesregierung

Der Landesvorstand diskutierte regelmäßig die Arbeit der Fraktionen im Land- und Bundestag, setzte eigene Schwerpunkte und Zielstellungen, erörterte die Landespolitik sowie deren Ergebnisse bzw. auftretende Probleme. Zentraler Ausgangspunkt in der Landespolitik war der Koalitionsvertrag. Der Schwerpunkt unserer Arbeit lag dabei in der Umsetzung der Schlüsselvorgaben der Partei: Vergabegesetz/Mindestlohn, ÖBS, Vorrang Erneuerbarer Energien und der große Bereich der Bildungspolitik. Dabei ging es um die konkrete Ausgestaltung der im Koalitionsvertrag ausgehandelten Kompromisse hauptsächlich in der Personal- und Energiepolitik des Landes. Weitere wichtige landespolitische Themen und Konflikte waren: der Flughafen Berlin-Brandenburg und die Flugrouten, die Gestaltung des Landeshaushaltes und die Verbesserung der Kommunalfinanzen, die Residenzpflicht, das Schülerbafög, der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, das Bombodrom, die Seenkäufe durch das Land, die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte und der Hochwasserschutz.

Besondere Debatten gab es zu folgenden Themen:

- Vergabegesetz/Mindestlohngesetz

Die Erarbeitung des Vergabegesetzes war Gegenstand mehrerer Beratungen. Es ist für uns ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem allgemeinverbindlichen Mindestlohn. Die Debattengegenstände waren die Probleme der Konnexität und die Ausgestaltung des Gesetzes mit sozialen und ökologischen Kriterien sowie die Höhe des Mindestlohnes. Der Landesvorstand war sich einig, dass dieses seit 01.01.2012 gültige Gesetz ein Erfolg unserer Regierungsarbeit ist.

- Energiepolitik besonders CCS

Der Landesvorstand diskutierte in einer Vielzahl von Beratungen das komplexe Thema der Energiepolitik. Dazu verständigten wir uns intensiv mit dem Wirtschaftsminister Christoffers und erarbeiteten Anforderungskriterien an ein nationales CCS-Gesetz. Der Landesvorstand brachte zu diesem Thema einen Initiativantrag auf dem Landesparteitag 2011 ein. Im Ergebnis der politischen Auseinandersetzung zu diesem Thema ist festzuhalten, es wird keine Verpressung von CO₂ in der Mark geben.

- Polizeireform

Der umstrittenen Polizeireform nahm sich der Landesvorstand intensiv an. Im Zentrum der Arbeit stand der Wille die eigenen politischen Zielstellungen durchzusetzen. Unsere Anstrengungen galten dem Erhalt aller Wachenstandorte, der Sicherung der Präsenz der Polizei in der Fläche des Landes, der Sicherung der Polizeiausbildung in qualitativer und quantitativer Hinsicht und die Durchsetzung der Kennzeichnungspflicht von Polizisten.

- Landeshaushalt

In mehren Beratungen diskutierte der Landesvorstand die Ausgestaltung des Landeshaushaltes und die damit verbundene Personalpolitik in ihren verschiedenen Facetten. Diese Debatten wurden in enger Zusammenarbeit mit Mitgliedern der Landtagsfraktion und unserem Finanzminister geführt.

- ÖBS

Aufgrund der bundespolitischen Rahmenbedingungen ist es uns nicht gelungen den Öffentlichen Beschäftigungssektor im gewünschten Umfang aufzubauen. Der Landesvorstand plädierte trotzdem dafür, das Projekt fortzuführen.

- Flughafen Berlin Brandenburg (BER)

Der öffentliche Streit um die von der Flugsicherung veröffentlichten Flugrouten und die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen für die Betroffenen war Gegenstand mehrerer Beratungen. Für DIE LINKE muss der Schutz der Anwohner eine höhere Priorität haben. Dazu hat DIE LINKE im Bundestag im Dezember 2011 in Absprache mit unserer Landtagsfraktion einen entsprechenden Antrag in das Parlament eingebracht.

- Bildungspolitik und ihre Finanzierung

Im Rahmen der Haushaltsplanung war ein Schwerpunkt der Beratungen die Finanzierung der Bildungs- und Hochschulpolitik. Mehrfach lagen dazu Anträge der AG-Schule, von Landesvorstandmitgliedern und weiteren GenossInnen vor. Im Ergebnis der vielen Diskussionen u. a. mit dem Minister der Finanzen bleibt festzuhalten, die Mittel für Bildungs- und Hochschulpolitik sind auch in diesem Haushaltsjahr gestiegen.

Der Landesvorstand organisierte gemeinsam mit den jeweils gastgebenden Kreisverbänden halbjährliche Regionalkonferenzen, so im Herbst 2010 sowie im Frühjahr und Herbst 2011 in jeweils vier Regionen des Landes Brandenburg. Bei diesen zwölf Regionalkonferenzen informierten MinisterInnen und Abgeordnete der Landtagsfraktion über die aktuelle Landespolitik und standen den GenossInnen und BürgerInnen Rede und Antwort. Es konnte gezeigt werden, dass DIE LINKE auch als Regierungspartei in engem Kontakt und Meinungsaustausch mit ihren Mitgliedern, SympathisantInnen und WählerInnen bleiben will und Probleme gemeinsam lösen will. Das Format der Regionalkonferenzen wurde ständig weiter entwickelt. Zunehmend konnten kommunale Verantwortliche u.a. Landräte und Bürgermeister mit diesem Kommunikationsangebot angesprochen werden. Im Herbst 2011 wurden die Regionalkonferenzen zusätzlich dazu genutzt, den Kandidatinnen und Kandidaten für den neuen Landesvorstand die Möglichkeit zur Vorstellung gegeben. Für das Frühjahr 2012 ist eine weitere Runde der Regionalkonferenzen geplant, bei der verstärkt partizipative Elemente einbezogen werden sollen.

Der Kontakt des Landesvorstands mit der Brandenburger Landesgruppe der Bundestagsfraktion wurde insbesondere durch zwei Mitglieder der Landesgruppe – Kirsten Tackmann und Thomas Nord – gesichert, die gleichzeitig dem geschäftsführenden Landesvorstand angehörten. Die Vorstände sowohl des Landesverbands als auch der Landtagsfraktion bemühten sich um eine enge Einbindung auch der anderen Brandenburger Mitglieder des Bundestags in die politische Arbeit des Landesverbandes, z. B. über Einladungen zu Veranstaltungen, Klausuren, Landesparteitag und Regionalkonferenzen oder thematischen Tagesordnungspunkten bei regulären Sitzungen. Diese Angebote und Möglichkeiten zur Beteiligung an der politischen Willensbildung im Landesverband wurden sehr unterschiedlich genutzt. Dieser Meinungsaustausch muss daher in Zukunft noch besser gelingen, auch um zu sichern, dass öffentliche Äußerungen mit einer guten Kenntnis des realen Debattenstands verbunden sind. Der Landesvorstand regt ein Treffen der Landesgruppe der Bundestagsfraktion mit dem Vorstand der Landtagsfraktion und dem geschäftsführenden Landesvorstand an, das bei Bedarf regelmäßig wiederholt werden könnte.

Helmut Scholz, Mitglied im Europäischen Parlament, nahm vor allem in 2011 nach Möglichkeit an den Sitzungen des Landesvorstandes teil und sorgte damit dafür, dass der Landesvorstand aus erster Hand über die europäische Politik der LINKEN informiert wurde. Diese Form der Zusammenarbeit wurde ausdrücklich als positiv empfunden und sollte fortgesetzt werden.

Außerparlamentarische Aktivitäten

Der Landesvorstand unterstützte im Berichtszeitraum zahlreiche außerparlamentarische Aktivitäten. Vor allem bei antifaschistischen Aktionen engagierten sich viele Mitglieder des Landesvorstandes regelmäßig aktiv vor Ort. Zu nennen sind hier vor allem die Koordination der Busse mit GenossInnen des Landesverbands nach Dresden zu „Dresden nazifrei“ sowie die finanzielle Unterstützung dabei. Auch die Aktivitäten des Bündnisses „Neuruppin bleibt bunt“ wurden intensiv und tatkräftig sowohl personell als auch finanziell begleitet. Darüber hinaus mobilisierte der Landesvorstand zu weiteren zahlreichen antifaschistischen Aktionen gegen Nazis in ganz Brandenburg.

Ein weiterer Schwerpunkt der außerparlamentarischen Arbeit des Landesvorstandes waren die Unterstützung des Kampfes für eine friedliche Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide.

Auch zu den Gegenaktionen zu den Castortransporten, zu den Ostermärschen und anderen bundesweiten Demonstrationen mobilisierte der Landesvorstand und unterstützte teilweise auch finanziell. Der Landesvorstand wirkte aktiv eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, mit Umweltverbänden und -initiativen sowie mit Bürgerinitiativen hin. Inhaltliche Gemeinsamkeiten mit den Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden wurden unter den gegebenen Rahmenbedingungen weiter entwickelt. Ständige Aufgabe bleibt, diese Schnittmengen und den Dialog produktiv für die politische Arbeit des Landesverbandes und der Landtagsfraktion zu nutzen.

Dennoch ist unübersehbar, dass wir als regierungsbeteiligte Landespartei in neue Widersprüche geraten und auch auf Widerstand der außerparlamentarischen PartnerInnen stoßen. Hier gilt es auch weiterhin daran zu arbeiten, die Kommunikationsfäden zu pflegen und gemeinsam mit den PartnerInnen Lösungen für die Problemstellungen im Land zu erarbeiten.

Der Landesvorstand hat zudem Kampagnen der Bundespartei im Landesverband begleitet und die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Kampagnenführung geschaffen. Es ist jedoch zu konstatieren, dass bspw. die Gesundheitskampagne nur zum Teil im Landesverband umgesetzt werden konnte. Ein Schwerpunkt der Parteireform ist unter anderem auch deshalb die Verbesserung der Kampagnenfähigkeit.

Anlässlich des 100. Frauentages fanden im Landesverband zahlreiche Veranstaltungen statt. Der Landesvorstand lud aus diesem Anlass gemeinsam mit der Landtagsfraktion zu einem Empfang am Rande der 2. Tagung des Landesparteitages im März 2011 ein an dem auch ca. 30 Frauen der KSCM aus Tschechien teilnahmen. Zudem würdigte er den Kampf für gleiche Rechte von Frauen mit einer Ausstellung der AG Lisa am Rande des Parteitages.

Brandenburger Aktivitäten in der Bundespartei

Der Landesvorstand beschäftigte sich regelmäßig mit der Situation in der Bundespartei. Er versuchte bei allen Konflikten stets ausgleichend und konstruktiv zu wirken, beteiligte sich nicht an Personaldebatten, schon gar nicht öffentlich, und war bestrebt, gemeinsam mit anderen Landesverbänden eine strategische Debatte zur Zukunft der LINKEN anzuschließen. Ganz in diesem Sinne organisierte er im Juli 2011 die Strategiekonferenz der Landesverbände „Dialog für eine starke LINKE“ in Potsdam. Sie wurde gemeinsam mit anderen Landesverbänden inhaltlich vorbereitet; die maßgebliche organisatorische Arbeit wurde durch die Landesgeschäftsstelle der LINKEN Brandenburg realisiert. Diese Konferenz hat dazu beigetragen, das Gemeinsame innerhalb der LINKEN zu betonen und die Personaldebatten der Bundesebene zumindest kurzfristig durch inhaltliche, strategische Aussagen zu ersetzen.

Der Landesverband Brandenburg hat sich aktiv an der Debatte für das Parteiprogramm beteiligt. Die

Kommission Politische Bildung hat den gesamten Prozess der Programmdebatte im Landesverband intensiv begleitet sowie Anregungen und Hilfestellungen zur Führung der Programmdebatte in den Kreisverbänden gegeben.

In allen Kreisverbänden bildeten sich zur Programmdebatte Gruppen, die sich oft auch mit eigenen (Änderungs-)Vorschlägen einbrachten.

Genossinnen und Genossen aus Brandenburg beteiligten sich zudem rege an der Regionalkonferenz zur Programmdebatte in Rostock sowie am Programmkonvent im November 2010.

Der Landesvorstand warb im Vorfeld des Programmparteitages in Erfurt für die gefundenen Kompromisslinien zum Programmwurf. Auf einer Delegiertenberatung im Vorfeld des Bundesparteitages informierte der Landesvorstand die Delegierten des Landesverbandes über den Stand der Debatten um Programm und Satzung und warb offensiv für die gefundenen Kompromisse.

Auch in Vorbereitung des Bundesparteitages in Rostock im Mai 2010 organisierte der Landesvorstand eine Beratung der Brandenburger Delegierten. Er warb aktiv für den im Vorfeld durch den – unter anderem durch den Landesverband Brandenburg auf den Weg gebrachten – Mitgliederentscheid bestätigten Strukturvorschlag für die Bundesspitze.

Auf dem Bundesparteitag in Rostock wurden die Genossin Renate Harcke auf Vorschlag des Landesverbandes Brandenburg und der Genosse Gerry Woop aus dem Landesverband Brandenburg auf Vorschlag des forum demokratischer sozialismus in den Parteivorstand gewählt. Beide nahmen in der Folge sehr regelmäßig an den Beratungen des Landesvorstandes teil und informierten ausführlich und sachlich über die Arbeit des Parteivorstandes. Gleichzeitig brachten sie die Sichtweise des Brandenburger Landesverbandes in die Diskurse des Parteivorstandes ein. Der Landesvorstand dankt beiden für diese konstruktive und wichtige Zusammenarbeit!

In der Wahlperiode des Landesvorstandes fanden zwei Mitgliederentscheide auf Bundesebene statt. Der Landesvorstand und die Landesgeschäftsstelle sorgten gemeinsam für die organisatorische Abwicklung. Am Mitgliederentscheid im Frühjahr 2010 zur Personalstruktur und zur Frage, ob es einen Mitgliederentscheid über das Parteiprogramm geben soll, beteiligten sich 61% der Brandenburger GenossInnen. Am Mitgliederentscheid über den Programmwurf im November 2011 beteiligten sich 64% der Brandenburger GenossInnen und damit anteilig mehr, als in jedem anderen Landesverband. Dies spricht für einen hohen organisatorischen Standard und eine hohe Motivation der Mitgliedschaft in unserem Landesverband.

Mitglieder des Landesvorstandes arbeiteten zudem in verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen der LINKEN auf Bundesebene: Thomas Nord im Bundeswahlbüro, Maria Strauß in der Anfangsphase der Arbeitsgruppe „LINKE 2020“ und Ute Miething in der Arbeitsgruppe Geschlechtergerechtigkeit sowie Matthias Osterburg in der Arbeitgebertarifkommission.

Auch in der Antragskommission des Bundesparteitags hat sich der Landesverband aktiv und konstruktiv in die Vorbereitung und Begleitung des Programmparteitags eingebracht.

Wahlen und Vorbereitung der Wahlzyklen 2013 und 2014

In der Wahlperiode des Landesvorstandes fanden Bürgermeisterwahlen in 53 Städten und Gemeinden statt. In 18 Städten und Gemeinden stellten wir eigene KandidatInnen auf, in 3 Städten und Gemeinden unterstützten wir antretende KandidatInnen. In den kreisfreien Städten Frankfurt/Oder, Potsdam und Brandenburg traten wir mit eigenen Kandidaten an und erreichten in Potsdam mit Hans-Jürgen Scharfenberg die Stichwahl. Der Landesvorstand unterstützte die Kreisverbände und KandidatInnen zu den Bürgermeisterwahlen organisatorisch und finanziell. Die KandidatInnen wurden bei der Gestaltung und dem Druck von Wahlmaterialien unterstützt. 3 unserer KandidatInnen erreichten die

Stichwahlen, Ute Hustig gewann diese in Nuthetal, Karsten Knobbe hat in Hoppegarten gewonnen. Beide sind nun mit Mandat der Partei DIE LINKE hauptamtliche Bürgermeister/in. Burkhard Horn konnte in Werneuchen sein Amt verteidigen.

Der Landesvorstand berief zur strategischen Vorbereitung des nächsten Wahlzyklus 2013/2014 sowie zur Vorbereitung der Leitbilddebatte erneut eine Kommission Strategie und Wahlen. Diese tagte 2011 regelmäßig und erarbeitete einen wahlpolitischen Aufgabenplan sowie einen Fahrplan für die Leitbilddebatte, die vom Landesvorstand bestätigt wurden.

Die Leitbilddebatte „Wir verändern – gerecht, solidarisch, nachhaltig“ startete am 3. Dezember 2011 mit der Auftaktkonferenz in Potsdam. Die Leitbilddebatte gliedert sich in zwei Phasen: Phase 1 – Dezember 2011 bis Dezember 2012 – Vorbereitung und Erarbeitung des Entwurfs des Leitbildes und Phase 2 – Dezember 2012 bis November 2013 – Arbeiten mit dem Leitbildentwurf. Aus dem entstandenen Leitbild soll dann das Wahlprogramm für die Landtagswahl im Herbst 2014 abgeleitet werden. Neben den eigenen Vorbereitungen auf die Wahlzyklen unterstützte der Landesvorstand die Wahlkämpfe in anderen Bundesländern. Zu nennen sind hier die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, die Abgeordnetenhauswahl in Berlin und die Kommunalwahlen in Niedersachsen. Aus Brandenburg beteiligten sich viele Genossinnen und Genossen vor allem an den Wahlkämpfen in Nordrhein-Westfalen, Bremen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle – vor allem Lothar Hoffmann und Rainer Wirks – waren regelmäßig bei Wahlkämpfen in den jeweiligen Landesverbänden und leisteten dort wichtige Unterstützung. Für den Schlussspurt des Wahlkampfes zum Berliner Abgeordnetenhaus stellte der Landesvorstand zudem 10.000 Euro für eine weitere Welle Großflächenplakate zur Verfügung. Besonders erfreulich war, dass sich die Kreisverbände Potsdam, Märkisch-Oderland und Havelland spontan ebenfalls finanziell an dieser Solidaritätsaktion für die Berliner GenossInnen beteiligten.

Zur Unterstützung der Wahlen in Schleswig-Holstein hat der Landesvorstand bereits jetzt Unterstützung zugesagt.

Landesparteitag und Umsetzung der Beschlüsse

Die 1. Tagung des 2. Landesparteitages hat Beschlüsse zur Landespolitik und zum Umgang mit politischen Biografien gefasst, die in die Arbeit der Landtagsfraktion und des Landesvorstandes Eingang gefunden haben. Die 2. Tagung des 2. Landesparteitages fasste diverse Beschlüsse zur aktuellen Landespolitik, in deren Sinne die Landtagsfraktion in der Folge wirkte. Neben dem Beschluss zur Parteireform (siehe Punkt Parteireform in diesem Bericht) beschloss der Landesparteitag ein Wahlverfahren für die Listenaufstellung zur nächsten Landtagswahl sowie Satzungsänderungen zu gemeinsamen Sitzungen von Landesvorstand und Landesausschuss und zur Trennung von Ministeramt und Landtagsmandat. Gegen die letztgenannte Satzungsänderung legten Mitglieder des Landesverbandes Widerspruch bei der Landesschiedskommission ein. Der Landesvorstand als höchstes Organ des Landesverbandes zwischen den Tagungen des Landesparteitages verteidigte im Verfahren vor der Landesschiedskommission den Beschluss des Landesparteitages. Die Landesschiedskommission beschloss, dass der Landesparteitag seinen Beschluss zur Trennung von Ministeramt und Abgeordnetenmandat aufzuheben habe. Gegen diesen Beschluss legte der Landesvorstand Berufung bei der Bundesschiedskommission ein. Das Verfahren ist bisher nicht entschieden, es wird jedoch mit einem Beschluss der Bundesschiedskommission noch im Januar 2012 gerechnet.

Mitgliederentwicklung

Die Mitgliederentwicklung in der Berichtsperiode entsprach in etwa dem Durchschnitt der Ostlandesverbände. Der Landesverband hatte am 31.12.2009 noch 8.942 Mitglieder und ist per 31.12.2011 auf knapp unter 8.000 Mitglieder zurückgefallen. Die meisten Verluste sind auf Todesfälle oder Austritte/Streichungen aus gesundheitlichen Gründen zurückzuführen. Ein weiterer erheblicher Anteil entfällt auf Streichungen wegen Nichtzahlung des Mitgliedsbeitrags.

Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden

Der Landesvorstand arbeitete kontinuierlich mit den Kreisverbänden zusammen. Die Landesgeschäftsstelle fungierte dabei vor allem als Servicestelle für die Kreisverbände. Im Bereich der Kommunikation und Informations- und Materialweitergabe und den Angeboten für die kleinen Zeitungen wurde das Angebot ausgebaut und qualitativ verbessert. Gleichzeitig fanden regelmäßig Beratungen der Landesgeschäftsführerin bzw. der Leiterin der Landesgeschäftsstelle mit den Kreisgeschäftsführern sowie jährliche regionale Finanzberatungen des Landesschatzmeisters mit den Mitgliedern der geschäftsführenden Kreisvorstände, insbesondere den Kreisvorsitzenden und Kreisschatzmeistern, statt.

Der Landesvorstand holte vor wichtigen Entscheidungen das Votum der Kreisverbände bei gemeinsamen Beratungen bzw. Telefonkonferenzen des geschäftsführenden Landesvorstands mit den Kreisvorsitzenden ein.

Der Landesvorstand beschäftigte sich zudem anlassbezogen mit der Situation in einzelnen Kreisverbänden und versuchte bei Konflikten oder schwierigen Situationen in Kreisverbänden Hilfestellung zu geben.

Landesweite Zusammenschlüsse

Im Landesverband arbeiten derzeit 17 landesweite Zusammenschlüsse. In den Arbeitsgemeinschaften arbeiten derzeit ca. 670 GenossInnen. Neu gegründet wurde im Berichtszeitraum die Arbeitsgemeinschaft Soziales und Gesundheit.

Folgende aktive Zusammenschlüsse arbeiten derzeit im Landesverband:

- AG SeniorInnen
- LAG Umwelt
- AG Geschichte
- Kommunistische Plattform
- Netzwerk der EL
- LAG Schule und Bildungspolitik
- AG Betrieb und Gewerkschaft
- AG Lisa
- LAG Linke Behindertenpolitik
- LAG Rote Reporter

- LAG Queer
- LAG Arbeit und soziale Gerechtigkeit
- LAG Solidarische Ökonomie
- AG Neues Denken
- LAG Linke Unternehmer
- LAG Arbeitsgesetzbuch
- AG Soziales und Gesundheit

Der Landesvorstand unterstützte die Arbeitsgemeinschaften jährlich mit finanziellen Mitteln gemäß dem Haushaltsplan des Landesvorstandes. Die landesweiten Zusammenschlüsse tragen einen hohen Anteil zur politischen Arbeit im Auftrag des Landesvorstands bei.

Jugendverband [`solid]

Der parteinahe Jugendverband [`solid] hat derzeit ca. 300 Mitglieder. Der Landesvorstand unterstützte den Jugendverband mit jährlich 35.000 Euro aus dem Haushalt des Landesvorstandes. An der Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Jugendverband wurde im Berichtszeitraum kontinuierlich gearbeitet. So wurde im Rahmen der Parteireform ein gemeinsames Projekt von Partei und Jugendverband zur Verbesserung der Zusammenarbeit geschaffen. VertreterInnen des Jugendverbands stellten im Landesvorstand ihre Arbeit vor und die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit wurden erörtert. Mitglieder des Jugendverbands sind in diversen Kreisverbänden und im Landesvorstand in die Arbeit der Partei integriert.

Landesausschuss

Vom Landesvorstand in den Landesausschuss entsandte Mitglieder waren Stefan Ludwig und Maria Strauß, ab Ende Mai 2011 entsandte der Landesvorstand Andrea Johlige für die aus dem Landesvorstand ausgeschiedene Maria Strauß. Die Zusammenarbeit des Landesvorstandes mit dem Landesausschuss war sehr intensiv. Regelmäßig informierten Mitglieder des Landesvorstandes im Landesausschuss über die aktuelle Politik sowie die Entwicklung des Landesverbandes. Der Landesausschuss wurde bei allen Entscheidungen, bei denen er nach Landessatzung Mitspracherecht hat, beteiligt. In besonderen Situationen für die Landespartei, bspw. nach Bekanntwerden des Ausscheidens von Maria Strauß und der weiteren Verfahrensweise dazu, suchte der Landesvorstand vor eigener Beschlussfassung den Rat des Landesausschusses.

Der Landesausschuss wurde zudem seitens der Landesgeschäftsstelle organisatorisch und logistisch bei der Sitzungsvorbereitung unterstützt.

Zusammenarbeit mit NRW

In der Wahlperiode des Landesvorstandes wurde kontinuierlich an der Zusammenarbeit mit dem Partnerlandesverband Nordrhein-Westfalen gearbeitet. Als Koordinator der Zusammenarbeit fungiert Lothar Hoffmann.

Es wurde versucht, weitere Kreisverbände zu Partnerschaften mit Kreisverbänden in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen. Derzeit existieren 5 stabile Partnerschaften. Gleichzeitig wurde eine intensive Kommunikation des Landesvorsitzenden mit den Landessprecherinnen des Landesverbands Nordrhein-Westfalen etabliert, die unter anderem zum gemeinsamen Aufruf zur Strategiekonferenz der Landesverbände führte. Neben der intensiven Wahlkampfunterstützung gab es Versuche gemeinsame Treffen von Genossinnen und Genossen aus Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zu organisieren, die allerdings aufgrund von Terminschwierigkeiten und der räumlichen Distanz im Sande verliefen.

Zusammenarbeit mit dem kommunalpolitischen forum und der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Zusammenarbeit mit dem kommunalpolitischen forum wurde erneut mit einer Rahmenvereinbarung auf eine gute Grundlage gestellt. Das kf leistete auf dem Gebiet der politischen Bildung – ebenso wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung – einen wichtigen Beitrag zur Qualifizierung der politischen Arbeit im Landesverband. In Zukunft muss es aber gelingen, diese Zusammenarbeit zu qualifizieren. Dazu haben der Landesvorstand und die Vertreter der Kommission Politische Bildung bereits Gespräche aufgenommen, die – vor allem mit Blick auf die kommenden Wahlen – weitergeführt werden sollten.

Internationale Arbeit

Ein fester Bestandteil der Arbeit in der vergangenen Wahlperiode des Landesvorstands war die internationale Arbeit, die im Wesentlichen durch die Aktivitäten der Landesarbeitsgemeinschaft „Netzwerk der Europäischen Linken“ mit Unterstützung des Landesvorstandes getragen wurde.

Über vielfältige Veranstaltungsformen in deren Rahmen die verschiedensten politischen Themen – vom Europäischen Arbeitsgesetzbuch bis hin zum gemeinsamen Kampf gegen Rechtsextremismus – diskutiert werden, wird die Zusammenarbeit inhaltlich gestaltet. Genannt seien hier nur die jährlich stattfindenden Treffen am Rande der Liebknecht/Luxemburg-Ehrung im Januar in Berlin, die Europacamps, die gegenseitige Teilnahme an Veranstaltungen zum 1. Mai, an Pressefesten, wie zum Beispiel am Pressefest der „Le Humanité“ in Paris gemeinsam mit Mitgliedern der Linkspartei aus Berlin, Sachsen und Thüringen, am Fest der LINKEN, oder an gemeinsamen Frauentagsveranstaltungen. Anerkennung fand dieses europapolitische Engagement in Form einer Einladung zum 3. Kongress der Europäischen Linkspartei 2010 in Paris.

Natürlich gibt es auch noch Reserven in der internationalen Arbeit. Besonders im grenznahen Raum zu Polen ist es uns nicht durchgehend gelungen stabile Kontakte zu polnischen Partnern herzustellen. Wünschenswert wären auch feste AnsprechpartnerInnen in den Kreisvorständen.

Politische Bildung

Der Landesvorstand berief eine Kommission Politische Bildung. Die Kommission Politische Bildung beim Landesvorstand hat sich in ihrer Arbeit vor allem auf die Programmdebatte konzentriert. Sie nahm eine Mittlerrolle ein, um einerseits die Wortmeldungen der Kreis- und Ortsverbänden an die Programmkommission weiterzuleiten und andererseits eben diese Strukturen vor Ort von politischen Bildungsangeboten zu informieren bzw. zu organisieren. Im Zuge der Parteireform und der damit einhergehenden Neuausrichtung der politischen Bildungsarbeit des Landesverbandes wird sich auch die Kommission über ein zukunftsfähiges Bildungsangebot verständigen. Ziel ist es, Politische Bildung wieder stärker im Parteilalltag zu verankern und mit einer neuen Qualität wie Quantität zu gewährleisten.

Zur weiteren Professionalisierung der ehrenamtlichen Arbeit im Landesverband organisierte die Landesgeschäftsstelle in den Jahren 2010/11 und 2011/12 wiederum den Lehrgang „Politikmanagement im Ehrenamt“. Beim Lehrgang in 2010/11 schlossen 15 TeilnehmerInnen und beim Lehrgang 2011/12 12 TeilnehmerInnen den Lehrgang erfolgreich ab.

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbandes berief der Landesvorstand eine Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit. Diese legte eine ausführliche Analyse der Kommunikationsbeziehungen im Landesverband vor und machte Vorschläge zur Verbesserung der internen und externen Kommunikation. Diese Vorschläge gingen ebenso wie die Erkenntnisse aus der Kreisbereisung der Landesgeschäftsführerin Maria Strauß im Sommer 2010 in den Antrag des Landesvorstandes an die 2. Tagung des 2. Landesparteitages zur Parteireform ein. Die Arbeitsgruppe beendete ihre Arbeit nach dem Beschluss zur Parteireform, da ihre Mitglieder sich in diverse Projektgruppen fachlich einbrachten. Bei der Kreisbereisung besuchte die Landesgeschäftsführerin gemeinsam mit Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle alle Geschäftsstellen im Landesverband und führte vor Ort Gespräche, um genaue Erkenntnisse zur internen und externen Kommunikation in den Kreisverbänden bzw. im Landesverband zu gewinnen. Daraus entstand eine protokollarische Dokumentation, die dem Landesvorstand die Möglichkeit gab, Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunikationsbeziehungen zu ergreifen.

Zur weiteren Professionalisierung der Kommunikation innerhalb des Landesverbandes schuf der Landesvorstand eine halbe Stelle für diesen Bereich in der Landesgeschäftsstelle und besetzte diese zum 01.09.2010.

Landesgeschäftsführung

Die Landesgeschäftsführerin Maria Strauß legte zum 15.06.2011 ihr Amt nieder. Der Landesvorstand entschloss sich in Absprache mit den Kreisvorsitzenden und dem Landesausschuss, keinen Sonderparteitag zur Neuwahl einer Landesgeschäftsführerin bzw. eines Landesgeschäftsführers einzuberufen. Stattdessen blieb das Amt bis zum Ende der Wahlperiode des Landesvorstands unbesetzt. Zur Sicherstellung der Arbeit der Landesgeschäftsstelle schuf der Landesvorstand kurzfristig die bis zur Neuwahl der Landesgeschäftsführung befristete Stelle zur Leitung der Landesgeschäftsstelle. Diese Stelle besetzte der Landesvorstand mit dem Landesvorstandsmitglied Andrea Johlige.

Datenschutz

Der Landesvorstand berief im Juni 2011 Andrea Johlige als neue Datenschutzbeauftragte des Landesverbandes, diese Tätigkeit war vorher durch Maria Strauß ausgeübt worden. Der Landesvorstand führte zudem eine Ausschreibung für einen ehrenamtlichen stellvertretenden Datenschutzbeauftragten des Landesverbands durch und berief im Zuge dessen im Dezember 2011 Jan Hanisch zum stellvertretenden Datenschutzbeauftragten des Landesverbands.

Gleichstellung

Der Landesvorstand beschäftigte sich kontinuierlich mit Fragen der Gleichstellung und Schaffung von Geschlechtergerechtigkeit im Landesverband. Derzeit wird ein Konzept zur Schaffung von Geschlechtergerechtigkeit erarbeitet, das in die Diskussion im Landesverband gegeben werden soll und in 2013 zu einem Antrag des Landesvorstandes an den Landesparteitag werden soll. Zudem gibt es Diskussionen zu Schaffung einer Frauenstruktur im Landesverband. Auch damit beschäftigte sich der Landesvorstand mehrmals ausführlich.

Parteireform

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit des Landesvorstandes war die Parteireform. Zu Beginn der Wahlperiode berief er die Kommission Parteireform, die maßgeblich an der Erarbeitung des Antrages an die 2. Tagung des 2. Landesparteitages zur Parteireform beteiligt war. Zur Vorbereitung dieses Antrages fand im November 2011 eine Aktivenkonferenz des Landesverbandes in Teltow statt, an der ca. 80 GenossInnen teilnehmen. Hier wurden in Arbeitsgruppen Probleme erfasst, Vorschläge und Ideen für Parteireformprojekte gesammelt und inhaltliche Ansätze diskutiert. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Tagung, der Kreisbereisung der Landesgeschäftsführerin, der Arbeits- und Analyseergebnisse der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit und weiterer Diskussionen entstand der Antrag des Landesvorstandes zur Parteireform, der beim Parteitag eine Mehrheit fand. Beschlossen wurden 18 Projekte und der Landesvorstand berief auf Vorschlag der Kommission Parteireform ProjektleiterInnen für diese Projekte.

Bereits im Juni 2011 konnte der Landesvorstand die Projektpläne von 14 Projekten, die durch die jeweiligen Projektgruppen erarbeitet wurden, bestätigen. Dem voraus ging eine weitere Aktivenkonferenz in Erkner, bei der die ca. 80 TeilnehmerInnen die Entwürfe der Projektpläne diskutierten und Änderungsvorschläge unterbreiteten. Im November 2011 verabschiedete der Landesvorstand einen weiteren Projektplan und im Januar 2012 konnte er die bis dahin noch ausstehenden Projektpläne bestätigen. Der Arbeitsstand der einzelnen Projekte ist sehr unterschiedlich, hierzu wird auf die Broschur der Kommission Parteireform verwiesen.

Finanzarbeit

In den Berichtszeitraum fallen der größte Teil des Jahres 2010 sowie das Jahr 2011. Diese waren in der Finanzarbeit besonders von verwaltungstechnischen Arbeiten geprägt. Nach den Wahlkämpfen 2008/2009 konnte die Aufmerksamkeit nicht nur der Schatzmeister und ehrenamtlichen Finanzmitarbeiter, sondern auch der Kreisvorstände und des Landesvorstandes verstärkt auf aktuelle Probleme gelenkt werden.

In den Berichtszeitraum fällt die Einführung eines neuen, serverbasierten Programms zur Mitgliederverwaltung, das MGLweb. Seine Fähigkeiten und Funktionen hoben die Arbeit auf eine neue Stufe. Nach erfolgreicher Einarbeitung sind nun einerseits jederzeit qualifizierte, aktuelle Angaben zur Mitgliederentwicklung erhebbar. Andererseits können Kreisverbände ihre Finanzarbeit fast vollständig mit dem MGLweb abbilden und darstellen.

Die Entwicklung der Parteifinanzen hängt hauptsächlich von den Beitragseinnahmen ab. Aufgrund gemeinsamer Anstrengungen von Landesschatzmeister und KreisschatzmeisterInnen und ihren Vorständen gelang es den Beitragsdurchschnitt je Mitglied zu heben. Der in den Vorjahren bei ca. 14,50 € bis 14,60 € monatlich stagnierende Durchschnittsbeitrag konnte 2010 auf 15,26 € angehoben

werden. Eine erste Vorausschau auf die Jahresabschlussarbeiten 2011 ergibt eine weitere, deutliche Steigerung.

Die Beitrags-, Spenden und Mandatsträgerbeiträge (MTB) entwickelten sich im Berichtszeitraum wie folgt:

2009: Beiträge:	1.561.043,22 €	Spenden und MTB:	457.829,26 €
2010: Beiträge:	1.553.727,58 €	Spenden:	192.184,83 €
2011: Beiträge:	1.510.000,00 €	Spenden:	180.000,00 €
(2011 Hochrechnung)		MTB:	189.676,28 €
			190.000,00 €

Die Vermögenslage im Landesverband hat sich wie folgt entwickelt:

per 31.12.2009:	LV 498.155,87 €	KV 927.357,95 €	gesamt 1.425.513,82 €
per 31.12.2010:	LV 560.490,80 €	KV 106.5828,04 €	gesamt 1.626.318,84 €
per 30.09.2010:	LV 677.836,34 €	KV 114.3813,68 €	gesamt 1.821.650,02 €

Die Rücklagen sind planmäßig für Wahlkämpfe, den Strukturfonds der Kreisverbände, die Parteireform und die Instandhaltung des Hauses Alleestr. 3 aufgebaut worden. In der kommenden Zeit werden durch die beschlossene Parteireform einige Rücklagen in Anspruch genommen werden.

Die Mandatsträgerbeiträge (MTB) auf Landes- und kommunaler Ebene waren eine stetige Arbeitsaufgabe auf allen Ebenen der Finanzarbeit. Nach der Landtagswahl 2009 wurde zu Beginn des Jahres 2010 eine neue Empfehlung für die MTB der Landtagsabgeordneten beschlossen und umgesetzt, die zu Einnahmesteigerungen führte. Auch die Ministerin und die Minister sowie die der LINKEN angehörende Staatssekretärin führen Mandatsträgerbeiträge ab.

Auf kommunaler Ebene haben einige Kreisverbände entsprechende Empfehlungen für die kommunalen Abgeordneten nicht nur erarbeitet, sondern auch umgesetzt. Hier liegen noch Reserven. Die Arbeiten sollen deshalb kontinuierlich und mit Unterstützung des Landesschatzmeisters fortgesetzt werden.

Der Landesvorstand und insbesondere der Landesschatzmeister brachten sich auch in die Finanzarbeit auf Bundesebene ein. Insbesondere setzten wir uns für die langfristige Liquidität des Zentralen Wahlkampfonds (ZWK) ein. Dort finanzieren wir im Umlaufverfahren die Wahlkämpfe der Partei, u.a. durch die auch vom LV Brandenburg eingezahlten Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung in Höhe von 188.542 € jährlich. In gleicher Höhe erwerben wir Ansprüche an den ZWK auf Auszahlung von Mitteln, wenn unser Landesverband Wahlkämpfe zu führen hat.

Danksagung

Der Landesvorstand dankt allen MitstreiterInnen für die Hilfe bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Wir wissen, dass vieles von dem nicht möglich gewesen wäre, ohne die fleißige Arbeit unserer hauptamtlichen MitarbeiterInnen, ohne das ehrenamtliche Engagement unserer GenossInnen vor Ort, ohne die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kreisvorsitzenden, den KreisgeschäftsführerInnen, den KreisschatzmeisterInnen und den Mitgliedern der Landtags- und Bundestagsfraktion, ohne fleißige PraktikantInnen der Landesgeschäftsstelle und ohne die konstruktive Zusammenarbeit mit vielen externen Partnern. Dafür vielen Dank!

BERICHT DER LANDESSCHIEDSKOMMISSION AN DEN 3. LANDESPARTEITAG

Jürg Wegewitz, Vorsitzende der LSK

Der Bericht der Landesschiedskommission umfasst die vergangenen zwei Jahre.

Sieben Mitglieder wurden in die Landesschiedskommission gewählt, welche die gestellten Anträge bearbeiteten.

Auf der konstituierenden ersten Beratung wählten die Mitglieder Genossen Wegewitz zum Vorsitzenden und Genossin Sybille Brock zur stellvertretenden Vorsitzenden.

In der zurückliegenden Wahlperiode behandelte die LSK 4 Anträge und beantwortete mehrere mündliche Anfragen:

Inhalt der Anträge:

- **Antrag 1:**

Prüfung eines Austrittes eines Genossen durch Beschluss eines Kreisvorstandes.

Die Landesschiedskommission hat den Beschluss für unwirksam erklärt.

Gegen den Beschluss des LSK wurde ein Antrag an die Bundesschiedskommission gestellt.

Der Beschluss der LSK wurde durch die Bundesschiedskommission bestätigt.

- **Antrag 2:**

In einem zweiten Antrag ging es um Streitigkeiten in einer Kreistagsfraktion über Entscheidungen von Gremien die nicht dem Landesverband untergeordnet sind.

Die Landesschiedskommission stellte nach § 36 Absatz 1 und Absatz 4 der Landessatzung die Nichtzuständigkeit fest.

- **Antrag 3:**

Antrag auf Ausschluss eines Genossen aus der Partei.

Die Landesschiedskommission stellte fest, dass der Antrag gemäß § 6 (3) der Bundesschiedsordnung verfristet und zurück zu weisen ist.

- **Antrag 4:**

Prüfung des Beschlusses Trennung von Ministeramt und Abgeordnetenmandat bezüglich des § 35a.

Die Landesschiedskommission beschließt, dass der Beschluss des Landesparteitages vom 06. März 2011 zum § 35a der Satzung des Landes Brandenburg auf der nächsten Tagung aufzuheben ist, weil er mit dem Artikel 48 des Grundgesetzes der Bundesrepublik, den Artikeln 22 und 56 der Landesverfassung des Landes Brandenburg, und des § 2 Abgeordnetengesetzes des Landes Brandenburg nicht vereinbar ist. .

Dagegen wurde durch den Landesvorstand bei der Bundesschiedskommission Widerspruch eingelegt.

Das Widerspruchsverfahren ist von der BSK noch nicht entschieden worden.

Auf alle Anfragen hat die LSK den Genossinnen und Genossen geantwortet. Auch konnte durch Beratung und Auskünfte die Einleitung eines Schiedsverfahrens vermieden werden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist kein Verfahren bei der LSK anhängig.

Insgesamt hat die LSK in der zurückliegenden Wahlperiode 8 Sitzung durchgeführt.

BERICHT DER LANDESFINANZREVISIONSKOMMISSION AN DEN 3. LANDESPARTEITAG

Sylvia Wagner, Vorsitzende der LFRK

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der vergangenen Wahlperiode März 2010 bis Januar 2012 haben wir in der Landesfinanzrevisionskommission mit 5 gewählten Mitgliedern gearbeitet. Dabei wurde zwischenzeitlich 1 Mitglied der LFRK von seiner Funktion entbunden, weil er das Amt eines Kreisschatzmeisters übernahm und ein neues Mitglied wurde in unser Gremium auf der 2. Tagung des 2. Landesparteitags nachgewählt.

Wir trafen uns insgesamt zu 9 Terminen in den Räumen der Landesgeschäftsstelle und führten Prüfungen durch. Der Landesschatzmeister wurde durch uns immer zu den Beratungen eingeladen und informierte uns zuverlässig über aktuelle Entwicklungen im Landesverband und die damit im Zusammenhang stehenden finanziellen Auswirkungen.

Prüfungsschwerpunkte bildeten dabei der Haushalt 2009 und 2010 und die Jahresabschlüsse. Darin enthalten war auch die Prüfung der Kosten für den Wahlkampf der Landtagswahlen. Unser Hauptaugenmerk galt insbesondere den Konten, die hohe Differenzen zwischen geplanten und eingesetzten finanziellen Mitteln aufwiesen. Der Schatzmeister konnte uns alle Abweichungen vom Finanzplan schlüssig erklären, es gab allerdings die Empfehlung der LFRK, bei der Planung des kommenden Haushaltes die tatsächlich eingesetzten finanziellen Mittel als Grundlage heran zu ziehen.

Zu jedem Prüfungstermin war der Landesschatzmeister auf Einladung anwesend und berichtete dabei über aktuelle Entwicklungen des Landesverbandes und deren konkrete finanzielle Auswirkungen. Es fanden unangemeldete Kassenprüfungen statt. Alle Belege waren ordnungsgemäß gebucht und mit den notwendigen Unterschriften versehen. Der Kassenbestand wies zu keiner Zeit Differenzen auf. Wir führten Kontoprüfungen durch und prüften Belege zu Sachaufwendungen, des Personalbereiches und der parteiintern erlassenen Regelwerke durch.

Die Verwendung aller Gelder war durch entsprechende Beschlüsse legitimiert.

Alle Prüfungsfeststellungen wurden ordnungsgemäß protokolliert und an den Schatzmeister weiter geleitet. Offene Fragen wurden besprochen und konnten zur Zufriedenheit beantwortet werden.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Wirtschaftsprüfer gab es Beratungen zwischen ihm und der Vorsitzenden der LFRK. In Folge ist auch eine Zusammenkunft mit der gesamten LFRK in Planung, um alle Revisionisten mit dem neuen Mitgliederprogramm vertraut zu machen.

Erstmalig führten wir im vergangenen Jahr eine gemeinsame Beratung mit den Kreisrevisionskommissionen durch. Die Veranstaltung war überdurchschnittlich gut besucht und hat den ehrenamtlichen Genossen in den Kreisen viele Impulse für ihre Arbeit gegeben. Der Wunsch nach Weiterführung dieses Erfahrungsaustausches wurde durch die Teilnehmer durchgängig zum Ausdruck gebracht. Daher ist eine erneute Zusammenkunft bereits in Planung.

Nicht gelungen ist uns die regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen des Landesfinanzrates. Durch den Landesschatzmeister wurden wir über Beratungsinhalte informiert.

Durch den Landesschatzmeister und die Genossinnen der Buchhaltung wurden wir in jeder erdenklichen Weise in unserer Arbeit unterstützt, indem uns alle angeforderten Belege und Unterlagen zuverlässig zur Verfügung gestellt wurden. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

Abschießend bescheinigt die LFRK dem Landesverband im Berichtszeitraum einen ordnungsgemäßen Umgang mit den finanziellen Mitteln der Partei und empfiehlt den Delegierten des Landesparteitages, dem LSM eine entsprechende Entlastung zu erteilen.

BERICHT DES LANDESAUSSCHUSSES AN DEN 3. LANDESPARTEITAG

Marco Büchel, Vorsitzender des Landesausschuss Brandenburg

Der Bericht des Landesausschusses Brandenburg umfasst die beiden letzten Kalenderjahre 2010 und 2011.

Der Landesausschuss ist nach § 20 der Satzung der Partei DIE LINKE. Landesverband Brandenburg das Organ des Landesverbands mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Landesvorstand.

Entsprechend § 21 der Satzung der Partei DIE LINKE. Landesverband Brandenburg wurden 38 Genossinnen und Genossen in den Landesausschuss delegiert. Der Landesausschuss trat am 10. April 2010 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Auf dieser Sitzung hat der Ausschuss seine Geschäftsordnung beschlossen. Insgesamt hat der Landesausschuss 6 Sitzungen in Potsdam durchgeführt. Im Juli 2010 endete die Vorsitzzeit von Stefan Ludwig. Auf der Sitzung am 10. Juli 2010 wurden Marco Büchel zum neuen Vorsitzenden und Rosemarie Kaersten zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

In jeder Sitzung haben sich die Mitglieder zur aktuellen Lage der Landespartei beraten. Einen großen Stellenwert hatten in jeder Sitzung die aktuellen Informationen aus den Kreisverbänden und der Landtagsfraktion. Zu aktuellen landespolitischen Themen hatte u.a. der Genosse Finanzminister Helmuth Markov den Mitgliedern des Landesausschuss den Haushaltsentwurf 2011 vorgestellt. Die Ausschussmitglieder haben ihre Erwartungen an den Haushalt formuliert.

Des Weiteren wurden entsprechend der Satzung die Haushalte des Landesverbandes jeweils für die Jahre 2010 und 2011 beraten und bestätigt.

Die Mitglieder des Landesausschuss haben sich zu den jeweiligen Landesparteitagen und den vorliegenden Anträgen verständigt. Bezüglich des Antrages zur Änderung der Landessatzung zur Schaffung des § 22a – Gemeinsame Sitzung des Landesvorstandes und Landesausschuss – haben sich die anwesenden Mitglieder mehrheitlich dafür ausgesprochen.

Zu den weiteren Themen gehörten die Diskussion über die Durchführung einer Landesfrauenkonferenz in Verbindung mit einer neuen Frauenstruktur innerhalb des Landesverbandes, die Programmdiskussion sowie die Beratung zu den Projekten zur Parteireform im Landesverband. Letzteres muss intensiver entsprechend des § 20 der Landessatzung eine vordergründige Aufgabe des Landesausschusses sein.

Aufgrund des Ausscheidens der Landesgeschäftsführerin und des Verzichts auf erneute Kandidatur vom Genossen Thomas Nord als Landesvorsitzender und Genossin Kirsten Tackmann als stellvertretende Landesvorsitzende wurde auf einer außerplanmäßigen Sitzung zu der Möglichkeit eines vorgezogenen Landesparteitages sowie der vorherigen Neubesetzung der Landesgeschäftsführerstelle beraten. Der Landesausschuss hatte sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, den Landespartei nicht vorzuziehen und bis zur Neuwahl der Landesgeschäftsführer/in auf dem planmäßigen Landesparteitag die Geschäftsstelle durch eine Leiterin der Geschäftsstelle führen zu lassen.

Leider war der Landesausschuss aufgrund sehr geringer Teilnehmerzahl zu einer Sitzung nicht beschlussfähig.

